

Wöchentlich 75 Bl., monatlich 2,25 M., (davon 87 Bl. monatlich für Subskription im Voraus zahlbar. ...)

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Multiplizierte Sonntagsbeilage „Volk und Welt“.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Donnerstag 3. März 1932 Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseit. Millimeterzelle 20 Pf., Reklamzelle 2.- M., „Kleine Anzeigen“ das fertige Drucke Wort 10 Pf., ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 ... Vorwärts-Verlag G. m. b. H. ...

Der Schwindel mit Young Reißt den Demagogen die Maske herunter!

Es gibt außer der Dolchstoßlüge kein politisches Gebiet, auf dem sich die Demagogie der „nationalen Opposition“ so hemmungslos austobt wie in der Reparationsfrage.

Front und Etappe.

Die Taktik der Nationalsozialisten und Deutschnationalen in dem Kampf um die Reparationen hat eine fatale Ähnlichkeit mit dem Verhalten der Etappe und der Heimtrieger gegenüber dem Mann an der Front.

Die nationale Opposition im Hintergrund

Gehalten. Sie hat es der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Mitte überlassen, mit den ehemaligen Gegnern die nervenzermürbenden Kämpfe um eine Milderung der Reparationslasten allein auszufechten.

Die Geschichte der Reparationspolitik der „nationalen Opposition“ ist eine einzige Schmach und Schande. Unvergessen bleibt die Abstimmung im Reichstage über die Dawes-Gesetze im August 1924.

Was bedeutet der Young-Plan?

Es kam aber noch schöner! Die Lasten des Dawes-Plans hatten sich als zu schwer für Deutschland herausgestellt. Im Jahre 1929 kam in Paris der Young-Plan zustande.

lands volle Souveränität wiederhergestellt. Der Reparationskommissar Parker Gilbert, der die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik zu beaufsichtigen hatte, verschwand, und mit ihm die ausländischen Vertreter, die in der Verwaltung der Reichsbahn und Reichsbank gesessen hatten.

Die Befreiung des Rheinlandes

brachte, scherte die Rechte nerdammt wenig. Sie hielt an der „Befreiungspolitik“ fest, der Frentaghs-Loringhoven bei der Beratung der Dawes-Gesetze 1924 dahin Ausdruck gegeben hatte, daß es „völlig bedeutungslos“ sei, wann das Ruhrgebiet und die Kölner Zone geräumt wird.

Die Hauptbilanz.

Die Entartung des Wahlkampfes bei den Rechtsradikalen, deren getreues Spiegelbild das Auftreten des Herrn

Goebbels im Reichstage büdete, scheut auch nicht davor zurück, Hindenburgs Unterschrift unter dem Young-Plan für die Not im Lande verantwortlich zu machen.

Wie aber liegen denn die Dinge? Deutschland hat vom September 1929 bis zum Juni 1931 auf Grund des Young-Planes 2,87 Milliarden Mark gezahlt.

Welch eine Verlogenheit der Dawes-Anbeter, die den Young-Plan für das Elend in Deutschland verantwortlich machen wollen.

seit dem 1. Juli 1931, hat Deutschland nicht einen Pfennig Reparationen mehr gezahlt.

und trotzdem hat die Krise grausige Formen angenommen. Jedermann in Deutschland weiß, daß die Reparationen eine außerordentlich schwere Last für unser Land darstellen.

An die Gewerkschaftsmitglieder! Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um eure und eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander beschden, sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre unbeschränkte Vorherrschaft auf eure Anrechtenschaft zu gründen.

Laßt Euch durch ihr Kampfgeschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gift der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch eure Zwietracht. Sie müssen zuschanden werden an eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten.

Wollt Ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf Euch häuft, auch noch zu eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt Ihr wieder wie einst der Willkür eurer Unternehmer ausgeliefert sein?

Die Verstoßung der Kriegsheter von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde eurer Freiheit müßt Ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen Euch auf, dem seitherigen Reichspräsidenten Hindenburg eure Stimme zu geben. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

wirtschaftliche Beredenung des deutschen Volkes einzig und allein auf „Young“ zurückzuführen.

Nieder mit der Katastrophopolitik!

Die Reparationspolitik der faschistischen Rechten in Deutschland mündet in die Katastrophe. Jede Regelung der Reparationsfrage, die eine Milderung der internationalen Gegenstände mit sich bringt, vermindert seine agitatorischen Ausschichten in der inneren Politik. Darum setzt er der Erklärung des Reichskanzlers, daß Deutschland nicht zahlen könne, entgegen: Deutschland will nicht zahlen. Eine derartige Erklärung einer deutschen Regierung wäre gleichbedeutend mit einer Zerreißung des freiwillig unterzeichneten Vertrages, unter dem an erster Stelle der Name des nationalsozialistischen Heros Hjalmar Schacht steht. Ganz Deutschland will die Endlösung in der Reparationsfrage. Diese kann aber nur durch Verhandlungen mit den übrigen Unterzeichnern des Young-Plans gefunden werden. Jeder andere Weg führt in das wirtschaftliche Chaos.

Hitlers Diktaturgelüste.

Der Stahlhelm beginnt zu entthüllen.

Der politische Referent des Landesverbandes Braunschweig im Stahlhelm, Kreppe, machte auf einem staatspolitischen Abend der Deutschnationalen Volkspartei bemerkenswerte Mitteilungen über die Zerwürfnisse innerhalb der „nationalen Front“. Kreppe erklärte, daß seine Informationen nicht mehr als vertraulich betrachtet zu werden brauchen. Die Kandidatur Duesterbergs sei — so führte Kreppe aus — nur deshalb ins Auge gefaßt worden, weil die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm die nationalsozialistischen Bedingungen von Harzburg auf keinen Fall hätten annehmen können. Hitler habe in Harzburg erklärt, in einem Vierteljahr werde er die Herrschaft in Preußen in der Hand haben. Diese Voraussetzung sei in keiner Weise eingetroffen. Von den Nationalsozialisten seien nach der Übernahme der Macht im Reich und nach einem Sieg bei der Reichspräsidentenwahl die Posten des Reichskanzlers, des Außenministers, des Wehrministers und des Innenministers verlangt worden. Hugenberg und dem Stahlhelm habe man lediglich die Verwaltung der Finanzen in die Hand geben wollen. So habe man die Deutschnationalen und die Stahlhelmsvertreter zu Bonzen der Nazis machen wollen, während die Nationalsozialisten die Macht allein in der Hand gehalten hätten. Hitler habe sogar über den Fortbestand des Stahlhelms keine bindenden Versprechungen abgegeben wollen. Aus diesen Gründen hätten Deutschnationale und Stahlhelmer die Kandidatur Hitlers auf keinen Fall unterstützen können. Wenn Hitler etwas anderes angenommen habe, so habe er sich eben gründlich geirrt.

Das große Schimpfmaul.

Adolf fordert „das System“ in die Schranken.

Die Partei Hitlers hat einen Wahlaufruf erlassen, in dem sie sich bemüht, einen Katalog der Ritterlichkeit nach Adolfinischem Muster anzupreisen. Wo liest man darin: „sozialverträgliches Sozialdemokratie, jüdische Pseudodemokratie, Scheinheiliges Zentrum und Bayerische Volkspartei, die um sozialer Ziele willen konfessionelle Spitztracht über, längst überfällige Parteilosigkeit“. Der Aufruf spielt in der Versicherung, daß Adolf „das System in die Schranken fordert“. Er wird auf jeden Fall bedient werden.

Wahnwitz der Lüge.

Die letzten Hemmungen sollen.

Der deutschnationale „Nostoder Anzeiger“ (Nr. 50) berichtet über eine nationalsozialistische Versammlung, die am Sonntag in Warnemünde stattgefunden hat. Nach diesem Bericht erklärte der nationalsozialistische Redner Werner:

„Wie dieses Regierungssystem am Volke handle, könne er ... heute abend zum ersten Male öffentlich aussprechen als authentische Wahrheit, die er jederzeit belegen könne, und deren Widerschein das Verhalten in der Remelstrage zur Genüge zeige.“ Im Anschluß an diese Ausführungen erklärte der Nationalsozialist, die deutsche Reichsregierung habe die Absicht, die Grenze an die Oder zurückzusetzen.“

Ist es auch Wahnwitz, hat es doch Methode! Die nationalsozialistische Propaganda entpuppt sich als zielbewußte Befolgung des Demingrezeptes, daß die Lüge als politisches Kampfmittel erlaubt sei.

Klug geworden!

Mit Hindenburg gegen Hitler.

Halle, 2. März (Eigenbericht)

In Dabrun, einem Arbeiterdorf im Kreise Bitterfeld, in dem bisher der Kadillakismus herrschte, gelang es, eine stark besuchte Versammlung der Eisernen Front durchzuführen. Der Redner erzielte stürmischen Beifall, als er erklärte: Die wählen Hindenburg nicht, weil er Sozialist ist oder einer werden wird, wir wählen ihn, um mit Hindenburg Hitler zu schlagen.

Der so vernünftig sprach, war bis vor ganz kurzer Zeit hervorragender Kommunalfunktionär der SPD. im Bezirk Halle. Es ist der Gemeindevorsteher Chemnitz aus Kölsch bei Bitterfeld.

Guter Anhang. Das neue amtliche Organ der hessischen Nazi-partei, der „R.E.-Kurier“, dessen erste Nummer am Mittwoch als Konkurrenz zu dem bisherigen Organ „Hessischer Hammer“ in Darmstadt erschien, wurde wegen schwerer Verstöße gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 auf zwei Wochen verboten.

Die wahre Futterkrippe.

Wozu der Nazi-Landtagspräsident Jörner in Braunschweig Staatsgelder brauchte

Der braunschweigische Landtagspräsident hat einen Verfügungsfonds für sachlich: Ausgaben. Landtagspräsident ist der Nationalsozialist Jörner. Ueber seine Verwendung des Verfügungsfonds und über seine „sachlichen Ausgaben“ berichtet der „Braunschweiger Volksfreund“:

- Für die Teilnahme an einer Tagung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in Braunschweig liquidierte Herr Jörner für sich selbst 20 M.
- Für die Teilnahme am Braunschweigischen Städtetage zahlte sich der Präsident Jörner 20 M.
- Am 5. Juni fuhr der Präsident nach Hannover, um sich dort die landwirtschaftliche Ausstellung anzusehen. Er liquidierte dafür an Spesen 80 M.
- Am 13. Juni 1931 besuchte der Herr Präsident Jörner eine Jugendherbergsstagnung in Braunschweig. Er zahlte sich auf Kosten des braunschweigischen Steuerzahlers 10 M. aus.
- Am 9. Juli fühlte sich der Herr Präsident auf einer Artillerie-tennentagung wohl. Er liquidierte dafür 20 M.
- Am 19. Juli fühlte der Herr Präsident das Bedürfnis, Zigarren zu rauchen. Er bestellte beim Nazi-Zigarrenhaus Quibbe-Braunschweig 50 Stück à 30 Pf. Die Rechnung bezahlte er aus der Verfügungskasse mit 15 M.
- Am 14. Juli 1931 lockte ihn das Rennen in Bad Harzburg. Er entnahm dem Landtagspräsidentenverfügungsfonds 30 M.
- Am 5. September 1931 fuhr er zur Abwechslung nach Sachsen. Für diese Reise liquidierte er 40 M.
- Als Begründung schrieb er in die Akten „Verfassungsfeier in Sachsen“ (Verfassungsfeiern sind sonst am 11. August!) Wozu doch eine Verfassungsfeier dieses „Systems“ gut sein kann!
- Am 15. Juli 1931 besuchte der Herr Präsident die Hundertjahrfeier der Landesbaugewerkschule in Holzminde. Seine Ausgaben bezifferte er auf 80 M. (Dabei hat der Präsident Jörner freie Eisenbahnfahrt!)
- Am 14. September 1931 nahm der Herr Präsident an Raabe-Feiern in Braunschweig, Wolfenbüttel und Eichershausen teil. Er glaubte, dafür 85 M. nötig zu haben.

- Für die Eröffnung einer Kolonialausstellung in Braunschweig im „Konzerthaus“ nahm er 10 M. in Anspruch.
- Am 22. September 1931 brauchte der Herr Präsident wieder Zigarren. Er bezahlte dafür dem Nazi-Zigarrenhaus Quibbe 15 M.
- Am 14. und 15. Oktober 1931 setzte sich der Herr Präsident auf die Bahn, um sich Berlin und seinen Reichstag anzusehen. Er liquidierte dafür 84 M.
- Die Arbeiterkolonie Kästorf erregte auch sein Interesse. Er berechnete dafür auf Kosten des braunschweigischen Steuerzahlers 26 M.
- Am 19. November 1931 besuchte er ein Schulfest einer gewerblichen Berufsschule. (Freiprogramm war allen Abgeordneten zugestimmt.) Der Herr Präsident liquidierte 15 M.
- Kurz vor Jahreschluss waren die Zigarren aufgebraucht. Jörner bestellte eine neue Kiste. Die Not der Zeit erforderte selbst bei dem Herrn Präsidenten einen Preisabbau. Er bestellte jetzt Zigarren à 25 Pf. und bezahlte dafür 12,50 M.
- Für die Sitzungen des Staatsbank-Untersuchungsausschusses beanspruchte Herr Jörner ohne nähere Begründung 29,88 M.
- Kein Mensch weiß, wofür diese Gelder verwendet wurden, denn seine Sitzungsgelder hat Herr Jörner wie jeder andere Abgeordnete auch erhalten.
- Selbst der Volksparteiler Brandes, der sonst über alle Taten der Nazis seine segnende Hand hält, erklärte im Haushaltsausschuß, daß der Herr Präsident Jörner eigentlich auch mit den Tagesgeldern eines Ministers zufrieden sein könne!
- So sieht das Lauterkeitsbedürfnis der Nationalsozialisten aus! Der Nazi-Landtagspräsident hat den Verfügungsfonds für eine Taschengeldangelegenheit gehalten!
- Wenn die Nazis in größerem Rahmen an die Regierung gelangten, dann wehe den Steuerzahlern! Sie selbst rechnen darauf, daß die Hakenkreuzdiktatur jedes Aufmunten über ihre Korruption unterdrücken würde.

Lappo und Nazis.

Gleichzeitiger Putsch geplant? — Helsingfors Enthüllungen.

Helsingfors, 2. März. (Eigenbericht)

Es ist heute in Finnland die Zensur eingeführt worden und wird besonders gegenüber den Korrespondenten der sozialdemokratischen Presse angewandt. Telefongespräche mit dem Ausland werden wiederholt unterbrochen und alle Auskünfte über die Entwicklung der Situation werden augenblicklich abgelehnt.

Die Ursache der strengen Zensur liegt man in dem Umstand, daß das Hauptorgan der finnischen Sozialdemokratischen Partei „Suomen Sosialidemokrat“ beschlagnahmt worden ist.

Der Befehl dazu ist ergangen, weil die Leitung Enthüllungen gebracht hat bezüglich der Beschlagnahme von wichtigen Dokumenten aus dem Büro der Lappo-Delegation in Helsingfors. Die Zeitung soll festgestellt haben, daß

Lappo von den deutschen Nationalsozialisten unterstützt

worden ist. Der Lappo-Aufruf sollte eigentlich erst am 13. März ausbreiten, und die Zeitung behauptet, daß man Beweise dafür gefunden hat, daß zu derselben Zeit in Deutschland ein Putsch von nationalsozialistischer Seite versucht werden sollte. Die Auflage der Zeitung war beinahe ausgedruckt, als die Zeitung beschlagnahmt wurde.

Der Memelkonflikt.

Unannehmbarer litauischer Vorschlag.

Memel, 2. März.

Die Fraktionen der Landwirtschaftspartei und der Volkspartei haben den vom Gouverneur zum Präsidenten des Memeldirektoriums ernannten Landesrat Simmat das nachstehende Schreiben überreicht: „Sie haben in der Unterredung mit Vertretern der Mehrheitsparteien über die Ernennung der Landesdirektoren darauf bestanden, daß neben zwei Vertretern der Mehrheitsparteien (Waschtes und Luitkus) Landesrat Tollschus oder ein anderer Herr Ihrer Wahl in das Direktorium eintritt. Sie haben betont, daß im Direktorium bei Stimmengleichheit Sie mit Ihrer Stimme den Ausschlag geben. Bei einer solchen Zusammensetzung des Direktoriums würde die Vertretung der Mehrheitsparteien bedeutungslos sein, da sie überstimmt würde. Wir können ein solches Direktorium nicht als Direktorium ansehen, da es nicht nach parlamentarischen Grundsätzen gebildet wurde. Die Herren Waschtes und Luitkus haben uns erklärt, daß sie es ablehnen, in ein solches Direktorium einzutreten. Aus der ersten mit Ihnen geführten Rücksprache war noch nicht zu übersehen, ob eine Ausgleichung der Ansichten herbeizuführen möglich wäre. Darüber könnte nur eine weitere Aussprache mit den Vertretern der Minderheitsparteien Klarheit schaffen.“

Memelkonferenz in der Reichskanzlei.

Der Reichskanzler hat am gestrigen Mittwoch im Beisein des Staatssekretärs von Bülow die drei Vorsitzenden des Memel-Landbundes, zugleich Beauftragte der deutschen Ostverbände, zu

einer Aussprache über die Memelstrage empfangen. Dabei wurden die Vorschläge der Ostverbände für eine endgültige Lösung der Memelstrage unterbreitet.

Die dem Reichskanzler überreichte

Erklärung

lautet: Die bisherigen staatsrechtlichen Grundlagen für das Memelgebiet haben sich als völlig ungeeignet erwiesen für den Frieden im Memellande und für ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Litauen. Litauen ist weder fähig noch willens, die zugesicherte Autonomie zu achten. Es hat die ihm übertragenen Rechte verweigert.

Zur befriedigenden Neuordnung ist notwendig eine Volksbefragung aller vollberechtigten Memelländer innerhalb und außerhalb des Memelgebietes. Die unbeeinflusste Durchführung der Befragung muß durch den Völkerbund gewährleistet werden.

Der Herr Reichskanzler wird gebeten, den Streitfall weiter zu verfolgen, ausschließlich auf Grund des § 11 des Völkerbundespaktes (nach dem jedes Bundesmitglied das Recht hat, die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung auf jeden Umstand zu lenken, der den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen zu stören droht).

François-Voncel ist endgültig zum Botschafter Frankreichs in Berlin ernannt worden, nachdem er sein Abgeordnetenmandat niedergelegt hat. Bisher schien es noch zweifelhaft, ob er auf die parlamentarische Laufbahn zugunsten der diplomatischen Karriere verzichten würde.

Alle Genoss:innen u. Genossen, Arbeitersportler, Reichsbannerkameraden und die Mitglieder der SAJ. beteiligen sich am Sonntag und Sonntag (von den bekannten Stellen aus) an der

Flugblattverbreitung

Das Bergwerk der Erwerbslosen.

Der Kurzug der S-Bahn faßt unter dem fast vollendeten Stahlgefüge der neuen S-Bahnbrücke hindurch und hält fauchend am Bahnsteig des Betriebsbahnhofes Kummelsburg. Vor dem Auge des Beschauers dehnt sich in hübsch geschwungener Gratzbildung ein gelber Höhenzug. Dahinter ragt als Wahrzeichen der Gegend in vollschlanker Linie der Wasserturm von Friedrichsfelde. Zu seinen Füßen breitet sich wie aus der Spielschachtel geschüttelt, ein buntes Gemälde von Wohnlauben. Auf dem mächtig ausladenden Plateau kommt die Pflanzenwelt nur färglich vorwärts. Sie vegetiert genau so kümmerlich unter den ungünstigen Daseinsbedingungen wie die Bewohner der Gegend, die man vereinzelt und in Gruppen tagtäglich an den Hängen der Hügelkette, in eifriger Tätigkeit begriffen, beobachten kann. Aus schwarzen Bohrlöchern, die scharf umrissen sich abheben von der helleren Farbe der Bergballe, ragen ihre Oberkörper heraus. Mit Spitzhabe und Gartenpaten, ja auch mit primitiveren Grabwerkzeugen fördern sie eine dunkle Masse zutage. Es ist Torf. Viele, viele Schippen Sand müssen beiseite geschaufelt werden, ehe die Moorsohle erreicht ist. Gar häufig rieselt der leichte Boden nach und droht den zu verschütten, der allzu wagemutig seinen Stollen tief in die Torfmasse hineingetrieben hat. Die felneswegs erschlaffte Ausbeute an Heizstoff wird auf dem mit Säcken abgedeckten, klapperigen Leiterwagen verfrachtet. Knirschend ziehen Mann und Frau auf spablosem Gelände heimwärts. Knirschend graben die Räder ihre tiefen Furchen in den nachfolgenden losen Sand. Ein mühseliges Stück Arbeit, doch was tut man als Arbeits- und Erwerbsloser nicht alles, um im Glend nicht ganzlich zu versinken und wenigstens zeitweise eine halbwegs warme Stube sein eigen zu nennen.

Draußen steht sich der Stadtbahnzug in Bewegung. Von seinen Fenstern aus kann man die Anfahrtsstraße verfolgen, die zu der Bodenerhebung führt. Der Volksmund hat sie bezeichnenderweise



Arbeitslose auf der Torfsuche.

Jobtenstraße benannt. Doch ist der dahinter liegende „Jobten en miniature“ nicht eine natürliche Hügelkette in der Norddeutschen Tiefebene, sondern ein künstliches Gebilde. Auf jener Anfahrtsstraße brachte eine kleine lärrende und qualmende Lokomotive in den Jahren von 1925 bis 1929 Tag für Tag einen Lorenzug um den anderen heran, gefüllt mit Sand aus dem Labyrinth der Bauschächte, in denen heute die jüngsten Linien der Berliner Untergrundbahn verkehren. Kipplore um Kipplore ergoß ihren Inhalt in den Kummelsburger See. Seerosen, Köhricht und Schilf wurden verschüttet. Verängstigt flüchtete die Vogelwelt aus der bisherigen paradiesischen Abgeschlossenheit dieses Naturidylls. Bald lagerte sich über den Pflanzenmodder der Druck von tausenden und abertausenden von Zentnern Sand, Kies und Steingeröll. Als dann die Stadt Berlin den Sandbelag teilweise zu Bauzwecken an der Südseite nach mehrjähriger Pause abhob, hatte sich der moorige Untergrund, wie die zutage tretende Sohle zeigte, unter dem gewaltigen Druck der lagernden Sandmassen fest verortet.

Was Menschenkraft und Menschenfönn in den vorangegangenen Jahren rückwärts und müßlich an Naturerschöpfung zerstört hat, das hatte die ewig schöpfende Natur in ihrem Schoße umgebildet und sie bietet es dem Erwerbslosen als willkommene Gabe.

Ein Tag der Brände!

Propellerfabrik in Waidmannslust in Flammen.

In den gestrigen Nachmittagsstunden herrschte bei der Berliner Feuerwehr Hochbetrieb. Aus den verschiedenen Vororten liefen fast zur gleichen Zeit mehrere Alarme ein und in einem Zeitraum von knapp einer Stunde waren etwa ein Duzend Löschzüge unterwegs. Der gefährlichste Brand entstand in den frühen Nachmittagsstunden in der Propeller- und Möbelfabrik der Firma Schwarz am Oranienbaum in Waidmannslust.

Bei der Arbeit sprang von einer Schleifmaschine ein Funke auf Hobelspäne über. Im Augenblick stand ein Teil des Betriebes auch schon in Flammen. Der Brand griff mit großer Schnelligkeit um sich und die Arbeiter hatten gerade noch Zeit, um sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Mehrere Löschzüge eilten auf den Hilferuf an die Brandstelle und mit drei Schlauchleitungen wurde die Bekämpfung des gefährlichen Brandes aufgenommen. Leider konnte nicht verhindert werden, daß ein Vorratsraum, in dem größere Mengen Flugzeugpropeller lagerten, ein Raub der Flammen wurden. Erst nach zweistündiger angestrengter Löschfähigkeit war die Hauptgefahr beseitigt. Der Schaden wird auf etwa 20 000 R. beziffert.

Waldbrand in Tegel.

Durch das anhaltend trockene und heiße Wetter der letzten Tage hat sich für die Waldgebiete in der Umgebung Berlins die Feuergefahr stark erhöht. Wenn gestern mußte die Feuerwehr zehnmal ausrücken, um Waldbrände zu bekämpfen. In den meisten Fällen konnte die Gefahr schnell beseitigt werden; in Tegel dagegen mußten unweit des Schießplatzes fünf Löschzüge und zahlreiche Waldarbeiter eingesetzt werden, um wertvollen Hochwald vor der Vernichtung zu schützen. Insgesamt brannte ein Gebiet von etwa zwei Quadratkilometern. Das Unterholz fiel den Flammen zum Opfer. Der Hochwald konnte gerettet werden. Nachdem das Feuer durch Aufwerfen von Gräben eingekreist war, wurde aus dem Tegeler Forst eine zweite Brandstelle gemeldet. Diesmal brannte es nordwestlich der Sendestation. Eine große Rauchsäule kennzeichnete weit hin, die etwa 20 000 Quadratmeter umfangreiche Brandstelle. Auch an dieser Stelle hatten drei Löschzüge stundenlang mit den Vörscharbeiten zu tun.

noch unbekannter Ursache ein Bootshaus in Brand. Zahlreiche Boote wurden vernichtet. Die Spandauer Feuerwehr vermochte trotz großer Anstrengungen wenig mehr zu retten.

Brennende Wohnlaube.

Gestern, spät abends, entstand in der Laubentkolonie Mariendorfer Weg in Britz ein Schadenfeuer, das eine Wohnlaube vollkommen einäscherte. Die Ausdehnung des Feuers auf benachbarte Lauben konnte glücklicherweise verhindert werden.

Strafanträge im Schultzeiß-Prozeß.

Oberstaatsanwalt Sturm stellte nach Schluß seines Plädoyers die Strafanträge gegen das frühere Generaldirektorium der Schultzeiß-Brauerei. Gegen Kahellenbogen wurden wegen Bilanzverschleierung, Untreue und Prospektbetruges ein Jahr sechs Monate Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe beantragt, gegen Penlin wegen Bilanzverschleierung und Prospektbetrug sieben Monate Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe. Wegen Bilanzverschleierung wurden gegen Dr. Sobetshheim vier Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, gegen Kuhlman zwei Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe und gegen Funke 20 000 Mark Geldstrafe beantragt.

Devisenschlebung Berlin-Amsterdam.

Verhaftung am Kurfürstendamm.

Von Beamten der Zollfahndungsstelle Berlin wurde gestern der Direktor E. Ringwald am Kurfürstendamm wegen Vergehens gegen das Devisengesetz verhaftet. R. hatte in Verbindung mit dem Direktor einer Amsterdamer Bank Schlebungen mit Vorzugsaktien vorgenommen, bei denen es sich um Werte in Höhe von 800 000 M. handelte. Während es dem Holländer gelang, noch rechtzeitig über die Grenze zu kommen, konnte R. ganz überraschend festgenommen werden. Er wird dem Untersuchungsrichter des Landgerichts 3 vorgeführt werden.

Es war ausgefallen, daß der Mann am Kurfürstendamm ein großes Haus führte und in häufiger Reihenfolge die Besuche von

Ausländern empfing. Die Beamten der Zollfahndungsstelle stellten den Direktor und seinen Kreis unter Beobachtung. Dabei ergab es sich, daß der Direktor einer Amsterdamer Bank, Hausier, ein regelmäßiger Gast war. Der Holländer kam nach Berlin und überbrachte R. Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn. Die auch in Berlin notierten Summen erhielt der Holländer und verschwand damit wieder nach Amsterdam.

Berlins Eiserne Front.

Glänzende Versammlungsberichte aus allen Bezirken.

Auch gestern wieder hat die Eiserne Front den Berlinern gezeigt, daß sie in Einmütigkeit auf der Wacht steht, um den Ansturm des Faschismus abzuwehren. Im Tiergarten und im Wedding, in Kreuzberg und in Spandau, in Zehlendorf und in Schönberg, in Neukölln und Pankow, in Treptow und Baumhalsenweg — überall veranstalteten Sozialdemokraten und freie Gewerkschafter, Reichsbannerkameraden und Sportler öffentliche Kundgebungen, die überfüllt waren und zum Teil polizeilich gesperrt werden mußten. Mancher hat deshalb leider umsonst den Weg gemacht. Er möge sich damit trösten, daß gerade dieser Massenandrang ein Beweis für den eifrigsten Kampfwillen der deutschen Republikaner gegen Hitlers Braunes Haus ist. Die Redner, u. a. Kurt Heilig und Lutz Köhler, Naderholz, Otto Meier und Brandes, Dr. Moses, Friedländer, Ulrich und August Niemann, Künstler und Gottschalk, Jodel, Meyer und Snell, wurden immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen. Überall wirkten die Freunde vom Reichsbanner und die Genossen der Arbeiterjugend begeistert mit. Die Berliner Arbeiterchaft hat die Notwendigkeit der Stunde klar erkannt: wir müssen Hitler schlagen, deshalb wählen wir Hindenburg!

Bierstreik am Ende.

Heute Verhandlungen mit Regierung und Magistrat.

Die Lokalkommission der Gastwirtschaften Groß-Berlins beschloß gestern abend gegen 11 Uhr nach einer ziemlich erregten Versammlung in den Räumen der Industrie- und Handelskammer, den ihr angeschlossenen Verbänden die Einstellung des Bierstreiks mit Rücksicht auf die durch Vermittlung der Industrie- und Handelskammer in Aussicht gestellten Verhandlungen mit den Regierungsstellen und auf Grund der vom Reichsfinanzminister gemachten Zusagen auf Senkung der Biersteuer zu empfehlen.

Wie es heißt, ist in den Besprechungen, die die Handelskammer mit dem Reichsfinanzministerium gehabt hat, eine Senkung der Biersteuer um 7 Mark zugesagt worden, außerdem soll über eine Ermäßigung der Schanksteuer und Luftbarkeitssteuer verhandelt werden. Die Verhandlungen finden heute mittig um 12 Uhr in der Industrie- und Handelskammer unter Vorsitz von Präsident Geipke statt. Die Regierung wird durch einen Vertreter des Reichsfinanzministeriums und den preussischen Handelsminister Dr. Schröder vertreten, außerdem dürfte als Vertreter des Magistrats der Stadtkämmerer Dr. Ush, der besonders an der Schanksteuer- und Luftbarkeitssteuer interessiert ist, teilzunehmen. Für das Gastwirtschaftenverbände ist eine Kommission aus sieben Vertretern gebildet worden, der Syndikus Dr. Hanpe, Lissin, Rade, Jöllner, Weißhardt, Glöckner und Dunsirey angehören.

Nationalsozialistische Erpressung.

Sie erfolgt „mit deutschem Gruß und Heil Hitler“.

Uns liegt ein Flugblatt vor, das in Falkensee im Ortsteil Finkenbrunn verteilt worden ist. Es ist unterzeichnet: „Mit deutschem Gruß und Heil Hitler, gez. Kühle, Sturmführer R. 129/V/24.“

Wir entnehmen dem Flugblatt diese Sätze: „Auch Sie haben die Pflicht, wenn Ihnen an Arbeit, Brot und Sicherheit etwas gelegen ist, die Reihen der SA und SA-Reserve zu stärken und hierdurch dem Vaterlande zu dienen und sich selbst zu schützen. Wer trotz dieses letzten Appells noch fernbleibt, wer nicht mithelfen will, bessere Zustände zu schaffen, und es vorzieht, mit der Pfeife hinterm Ofen zu sitzen, der ist gegen Deutschlands Erneuerung und damit auch gegen uns. Es werden Zeiten kommen, wo es Sie reut, und Sie Ihrer Gleichgültigkeit wegen oft die Augen zu Boden senken werden. Wenn die Freiheitsfahne über Deutschland weht, dann werden wir alle Männer mit gesunder Faust, deren Namen in unserer Liste unauffindbar ist, fragen: Und wo warst Du? Wo hast Du getan zur Befreiung Deines Volkes?“

Dieses Flugblatt der Nationalsozialisten ist eine Bedrohung und Erpressung zugleich. Man droht mit dem nahen Kommen des phantastischen Dritten Reiches, um an das Vorkommnisse ängstlicher Leute zu appellieren. Die ganze Verlogenheit des Flugblattes zeigt sich darin, daß man die gefürchtete „Eiserne Front“ bis zur kommunistischen Partei einschließlic reichlich läßt. Jeder Einsichtige weiß, daß die Kommunisten in der Sozialdemokratie, die den Hauptbestandteil der Eisernen Front bildet, den bekämpfungswürdigsten Feind sind.

Weiter lesen wir: „Machen Sie alle gesunden Häute für diesen letzten Appell (der SA, Red.) mobil.“ Geunde Geister wären ja in der Tat auch nicht mobil zu machen. Der Schluß des Schreibens kündigt eine Hausbesuche mit den Worten an: „Ein Vertrauensmann wird in den nächsten Tagen mit einer Liste um ein Scherlein für den Altar Deutschlands bitten.“

Erpressung und Bedrohung und Appell an die gesunden Häute — das ist ein Altar, der zwar nicht Deutschlands, wohl aber der Nationalsozialisten würdig ist!

Am Bichelssee in Bichelsdorf geriet gestern mittag aus

JUNO 6 Stück 20 3

Banken für Arbeitsbeschaffung.

Zur Bankensanierung und zur internationalen Kreditkrise.

Die Vorschläge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und die Diskussionen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Arbeitsbeschaffung haben in der Öffentlichkeit starken Widerhall gefunden. Die Ueberzeugung wächst, daß den künstlichen Deflationsmaßnahmen in Deutschland planmäßige wirtschaftliche Aufbaumassnahmen entgegengesetzt werden müssen. Der Februarbericht der „Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt-Sächsische Bank“ legt zum Thema der Krisenbehebung und Arbeitsbeschaffung folgendes:

„Es gilt alles zu tun, um den vorhandenen Bestand an wirtschaftlichen Kräften in Bewegung zu halten und einer weiteren Schrumpfung des Warenerzeugungs- und Warenverteilungsprozesses entgegenzutreten. Nur in diesem Sinne heißt es u. a. die Generalbereinigung des deutschen privaten Großbankwesens durch das Reich zu werten. Ein Handeln aus eigener Initiative ist schon von deswillen so nötig, weil die internationale Zusammenarbeit — gleichgültig auf welchem Gebiet — zwar von allen beteiligten und interessierten Stellen erhofft wird, ihre Verwirklichung aber zur Zeit auf Schwierigkeiten stößt, die eine rasche und unmittelbare Hilfe ausschließen. Demzufolge wird man trotz mancher Widerstände nicht umhin können,

dem Gedanken der Arbeitsbeschaffung und den Erwägungen über Kreditberichtigung im Sinne positiver Leistungen wirksam näherzutreten.

Sedenfalls dürften Auffassungen abwegig sein, die in einem Komparten mit Geduld und in einem Hoffen auf ruhigeren Zeiten die Aktivität wirtschaftspolitischer Führung erschöpfen lassen.“

Der Bericht sagt dann weiter, daß zwar die politische Klärung der Reparationsfrage für den wirtschaftlichen Fortschritt der Welt schon rein psychologisch von entscheidender Bedeutung sei, daß sich aber nicht leugnen lasse, daß der Zeitpunkt noch keineswegs abzuschätzen ist, wann sich gemeinsame Endregelung tatsächlich ergibt werden kann.

Auch die Deutsche Bank und Discontogesellschaft äußert sich positiv zur Frage der Arbeitsbeschaffung und drückt sich nur in der Finanzierungsfrage etwas zurückhaltender aus. Es heißt in ihrem Februarbericht:

„Man wird nicht die Finanzierung jeder Arbeitsbeschaffung mit dem Hinweis auf Gefahren für die Währung abtun können. Dabei muß es sich aber um Arbeiten handeln, die nicht nur zu dem einzigen Zweck vorgenommen werden, um je den Kreis Arbeitslose zu beschäftigen, sondern bei denen auch die Rentabilität der aufgewendeten Mittel gesichert erscheint. Es ist hierbei zu unterscheiden zwischen Arbeiten, die einem Einzelunternehmen zugute kommen, und solchen, die dem Staatsganzen auf lange Sicht dienen mit dem Ergebnis, die nationale Unabhängigkeit zu sichern. Bei Arbeitsbeschaffung dieser Art kann mit längeren Fristen gerechnet und mit größerem Wagemut vorgegangen werden. Immer muß aber

die kommende Produktions- und Ertragssteigerung als Ergebnis der durchgeführten Arbeiten und angelegten Kapitalien im Hintergrund stehen. Man muß sich allerdings darüber klar sein, daß mit der Inangriffnahme solcher Projekte das Problem der Arbeitslosigkeit als solches nicht gelöst werden kann.

Dieses Ziel würde auch dann noch nicht entfernt erreicht werden, wenn die bekannten Vorschläge verwirklicht würden, die durch künstliche Krediterschöpfung bis zum Betrage von zwei Milliarden Mark neue Beschäftigungsmöglichkeiten für eine Million Arbeitsloser schaffen wollen. Es muß gegenüber allen mit mehr oder weniger Geschick volkswirtschaftlich verbrämten Darlegungen, welche die Berechtigung und Gefährlosigkeit solcher Kreditausweitung nachweisen wollen, mit allem Nachdruck ausgesprochen werden, daß eine Kreditausweitung solcher Größenordnung un mittelbar in inflationaristische Gefahren führen würde.

Alle derartigen Bedenken fallen fort, wenn es gelänge, die Kreditreserve zu mobilisieren, die in Gestalt von 800 bis 1000 Millionen Mark gehorteter Zahlungsmittel vorhanden ist.

Hier würde es sich um den Rückgriff auf Sparkapitalien handeln, die in früherer Zeit angesammelt und erst im Verlauf der Kreditkrise von den Geldinstituten abgezogen worden sind.“

Zum Bericht der DD-Bank sind im übrigen einige Bemerkungen notwendig. Es wird gesagt, daß die Vernichtung des deutschen Auslandskredits nicht von der wirtschaftlichen, sondern von der politischen Seite her erfolgt sei. Das kann man nur sagen, wenn man gegenüber der ungeheuerlichen kreditzerstörenden Wirkung des Favag- und des Nordwalde-Zusammenbruchs beide Augen verschließt. Wenn es dann weiter heißt, daß die 700 Millionen Rückstellungen auf Verluste, die bei den Großbanken gemacht wurden, dafür zeugen, in welchem Umfange die „so viel geschmähten Banken als Puffer gedient haben, um den Zusammenbruch der seit einem Jahrzehnt durch außen- und innenpolitische Eingriffe ausgehöhlten Wirtschaft aufzuhalten“, so drückt sich hier die DD-Bank gegenüber der zweifellosen hohen Verantwortlichkeit der Banken für die erfolgten Kapitalfehlleitungen allzu vorichtig und für die Geschäftsführung der Bankleitungen allzu höflich aus.

Im übrigen wehrt sich der Bericht gegen die Auffassung, die Bankensanierung sei eine gewollte Verstaatlichung des privaten Bankwesens und hofft auf die Wiederherstellung des privaten Charakters der jetzt öffentlichem Einfluß unterstellten Institute. Die DD-Bank wünscht auch, daß von jeder unmittelbaren Einflussnahme auf die Bankenpolitik Abstand genommen wird.

Für diese einseitigen Auffassungen haben wir volles Verständnis, teilen sie aber nicht. Im gesamtwirtschaftlichen Interesse ist nichts so notwendig wie eine planmäßige und staatswirtschaftliche Lenkung der Kredit- und Kapitalströme.

aus dem Grunde fällig, weil die Kartoffelflocken völlig aufgebraucht sind, durch deren Bezug die nordwestdeutschen Schweinemäster sich bisher eine Verbilligung der ausländischen Gerste verschaffen konnten. Werden nicht bald die Preise für das Futtergetreide ermäßigt, dann erfolgt eine zu starke Einschränkung des Schweinebestandes, weil die Schweinemast bei den jetzigen niedrigen Schweine- und hohen Futtergetreidepreisen völlig unrentabel geworden ist. Die Folge einer zu starken Einschränkung der Schweinehaltung ist naturgemäß eine Preissteigerung. Dieser sind aber durch die dezimierte Kaufkraft der Bevölkerung enge Grenzen gesetzt, so daß also die Landwirtschaft trotz des geringeren zukünftigen Angebots nicht auf ihre Kosten kommen wird.

Es ist ein Unfug, zu glauben, daß durch eine Einschränkung der Produktion eine Besserung der Lage der Landwirtschaft erreicht werden kann. Es liegt daher auch im Interesse der Landwirtschaft, wenn jetzt die Futtergetreidepreise ermäßigt werden.

Wir fordern im allgemeinen Interesse daher von der Reichsregierung, daß sie das Reichsernährungsministerium veranlaßt, zunächst eine Verbilligung des Hühnermaisses vorzunehmen, dann aber auch eine Erleichterung der Futtergetreideeinfuhr durchzuführen.

Eine unzureichende Maßnahme

Das „Berliner Tageblatt“ meldet:

Zur Erleichterung der Futtermittelversorgung und gleichzeitigen Preisstützung des Hafers soll jetzt geplant sein, den Bezug von zwei Tonnen Auslandogerste an den Kauf von einer Tonne Inlandshofer zu 180 M. zu binden. Da die Gerste etwa 90 M. plus 40 M. Zoll kosten würde, ergäbe das einen Durchschnittspreis von 147 M. je Tonne.

Eine solche Kombination erscheint uns völlig ungenügend. Keinesfalls dürfte ein solches Gemisch heute mehr als 125—130 M. kosten. Zu diesem Zweck müßte der Uebernahmepreis für Hafer aber viel niedriger angesetzt werden.

Vorsig-Sparer voll entschädigt?

Das Vergleichsverfahren über Vorsig eröffnet.

Ueber die A. Vorsig G. m. b. H. Berlin-Tegel ist jetzt das Vergleichsverfahren eröffnet worden. Am Dienstag, dem 12. April, findet der Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag statt. Die Gläubiger werden den Vergleichsvorschlag der Firma in aller nächster Zeit erhalten. Das Ziel des Vergleichsverfahrens wird sein, das Werk selbst in Betrieb zu halten. Bei dem vorliegenden Auftragsbestand müßte es möglich sein, mindestens 800 Mann bis zum Sommer voll zu beschäftigen.

Auch die Frage über das Schicksal der Werkspartagläubiger bei Vorsig steht vor einer befriedigenden Lösung. Es wird angestrebt, den Sparer an der Quote, die sie aus der Vergleichsmasse erhalten, volle Befriedigung ihrer Forderungen zu verschaffen. Nach unseren Informationen sollen die Mittel, die hierfür notwendig sind, von der Familie Vorsig in guten Grundstücken zur Verfügung gestellt werden. Diese erfreuliche Lösung für die Werksparer ist sicherlich nicht zuletzt durch die Kritik, die die hoffnungslose Lage der Sparer in der sozialdemokratischen Presse gefunden hatte, beeinflusst worden.

Der Vergleichsvorschlag der Firma ist so aufgebaut, daß die befriedigbare Befriedigung der Gläubiger mit der Möglichkeit verbunden wird, das Werk wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Die für die Warengläubiger vorgesehene Quote beträgt 50 Proz., alle übrigen Gläubiger, insbesondere die Banken erhalten nach Ausschüttung der Quoten für die Sparer und Warengläubiger eine vergleichsweise Befriedigung aus dem Erlös der Restmasse. Hierdurch soll erreicht werden, daß die Fabrikations- und Verkaufswerke mit den Anlagen verbunden bleiben, um damit den Weg für einen Wiederaufbau freizumachen. Um die vorliegenden Aufträge abzuwickeln, und den Verkehr mit der Kundenschaft aufrechtzuerhalten, wurde am 25. Februar die A. Vorsig Betriebsgesellschaft m. b. H. mit 300 000 M. Gesellschaftskapital unter Beihilfe der DD-Bank und der Dresdner Bank gegründet.

Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern.

Am 1. März 1932 ist eine neue Organisation ins Leben getreten: Der Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern. Der neue Verband umfaßt alle diejenigen Siedler, die in einer vollen Ufernahme ihre Existenz suchen. Seine besondere Aufgabe sieht er in der Ansiedlung von Landarbeitern. Wie schon

Um Hühner- und Schweinefutter.

Warum noch keine Kostensenkung für Geflügelhalter und Schweinemäster?

Seit 1925 hatte sich die Hühnerhaltung von Jahr zu Jahr vergrößert. Im letzten Jahr hat sich der Hühnerbestand von 88 Millionen auf 84 Millionen Stück verringert. Diese starke und sehr bedauerliche Abnahme der Hühnerhaltung ist vor allem auf Kosten der Geflügelhalter erfolgt. Diese leiden unter der Verteuerung des Futtergetreides naturgemäß viel stärker als die landwirtschaftlichen Betriebe, die ausschließlich betriebseigenes Futter verwenden.

Daneben sind durch die rigorose Verteuerung des Futtergetreides auch eine große Anzahl kleiner Geflügelzüchter geschädigt worden, die sich durch die Haltung einer geringen Anzahl von Hühnern ihren Rohstoffbedarf etwas aufbessern.

Die durchaus berechtigten Klagen der Geflügelzüchter

Über das teure Futtergetreide haben die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veranlaßt, an den Reichsernährungsminister zu schreiben und eine Ausdehnung der schon bestehenden Verbilligung für Geflügelmais zu fordern. Nicht nur die an eine Eierwertungs-genossenschaft angeschlossenen Geflügelzüchter sollen den verbilligten Mais erhalten, sondern sämtliche Geflügelhalter, die eine Bescheinigung über das in ihrem Besitz befindliche Geflügel vorweisen können. Dieser be-

rechtigten Forderung ist bis jetzt immer noch nicht entsprochen worden.

Das Reichsernährungsministerium ist anscheinend voll damit beschäftigt, neue Projekte über Zollerhöhungen für alle möglichen landwirtschaftlichen Erzeugnisse auszuarbeiten, die zwar der Landwirtschaft nicht helfen werden, weil jede Verteuerung von Nahrungsmitteln unweigerlich zu einem Abschwundgang führt, dafür aber weitere Verschlechterungen unserer handelspolitischen Beziehungen zur Folge haben, was naturgemäß wiederum zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit und damit zu einer Senkung der Kaufkraft des industriellen Teils der Bevölkerung führt. Infolgedessen hat der Reichsernährungsminister anscheinend noch keine Zeit gefunden, sich zu der vorgeschlagenen Senkung der Produktionskosten für die Geflügelwirtschaft aufzuraffen. Jegliche Bedenken können gegen den Vorschlag nicht erhoben werden, denn eine Schädigung sonstiger Zweige der Landwirtschaft tritt durch die Verbilligung des Hühnermaisses nicht ein. In diesem Zusammenhang muß auch auf

die Notwendigkeit einer allgemeinen Senkung der Preise für Mais und Futtergerste

hingewiesen werden. Eine Neuordnung der Gersteimport ist schon

Berlin trägt Leiser-Strümpfe

Nur soweit Vorrat

Künstl. Waschseide
gut verstärkt.....

Echt ägypt. Mako **85** Pl.

Künstl. Waschseide
sonst 175.....

Kunstseide plattiert
maachenfest.....

135

Die Sensation:

Bemberg - Schlüpfer
für Damen, Gr. 42-50, nur

135

**Sonderangebot in
Damen-Strümpfen**

Reine Seide

Bemberg 45 fein
Zehen- und Ballenver-
stärkung.....

195

